

Die Deutsche Zeitung



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzeitel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Zeitungen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Brandard, Verlags-
Redakteur (im. Amn.) Handeltst. Dir. Carl Milch, Berlin, Döwri-
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Printerei: Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 300-360,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 300-300. Telegr.-
Adress: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 658.

Der Weg nach London führt über Paris

Von
Karl Neuberg

Der Industrielle Arnold Reuber, der von einem längeren
Aufenthalte in London zurückkehrt ist, findet bei „Die Deu-
tsche Zeitung“ folgende Darlegungen:

Der deutsch-französische Eisenpakt läuft seit dem 30. September des vorigen Jahres. Nachdem das Bündnis zwischen den deutschen und den französischen Schwerindustrie durch die Unterzeichnung dieses Vertrages gelöst worden ist, hat für selbstständiges Zusammenwachsen eintrags. Das ist in der jüngsten Zeit immer deutlicher erkennbar geworden. Allerdings haben die deutsche und die französische Schwerindustrie in den wenigen Monaten, welche seit der Unterzeichnung des Eisenpaktes vergangen sind, die Nationalisierung ihrer Produktion, den Austausch zwischen deutscher Stahl- und französischem Erz und die Organisation des Verkaufes auf den Weltmärkten zunächst erst nur in die Wege leiten können. Alle diese Aufgaben sind solche sehr große Aufgaben und ihre Lösung kann unmöglich in wenigen Monaten, und ebensowenig ohne unsere Beizuhilfe erreicht werden. Es ist industriell-technisch ganz einfach nicht denkbar, daß die wolle Interessenverflechtung zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie über Ablauf mehrerer Jahre vollständig vollendet sein kann. Es ist zum Beispiel gekommen, denn trotz des günstigen Bündnis zwischen der deutschen Stahl- und dem französischen Erz nicht nur die deutsche und französische, sondern die gesamten europäischen Eisenwerke.

Es ist nicht verwunderlich, daß Aufgaben, die die Magnaten der englischen Schiffahrt und die Kapitäne der englischen Schwerindustrie, das alles klar erkennen als man die deutschen und der französischen Industriekapitäne selbst, die zum Teil alljährlich in den höchsten Beziehungen und mit den neuesten Beschäftigten, wie sie sich aus der großen Entwicklung ergeben, besetzt sein mögen. Niemand in London bezweifelt, daß je intensiver die deutsche und die französische Schwerindustrie zusammenwachsen, die Bündnis um so mehr zur gemäßigten durch den Zusammenfall der deutschen Stahl- und der französischen Welt werden wird, und daß dieses Bündnis mit stärksten Klammern die beiden Nationen, Deutschland und Frankreich, auch politisch zusammenbringen muß. Die Engländer sind sich bewußt, daß die deutsche und die französische Schwerindustrie, um so tiefer zusammenzuwachsen, je weitaus günstigeren Bedingungen und also erheblich billiger produzieren können als die Schwerindustrie jedes anderer Landes. Sie geben ganz offen zu, daß die englische Schwerindustrie schon jetzt durch den Zusammenfall der deutschen Stahl- und der französischen Erz überflügelt ist.

Das internationale Vertrauen in die Zukunft der deutschen und der französischen Schwerindustrie und damit in die Zukunft Deutschlands und Frankreichs überhaupt ist daher seit der Unterzeichnung des Eisenpaktes über alle Grenzen hinweg. Es ist um so sicher, als — wie ich schon betont habe — besonders in England die trotz aller noch vorhandenen Widerstände zwangsläufig kommenden politischen Konzeptionen des deutsch-französischen Eisenpaktes überwiegen wird die deutsche Schwerindustrie den amerikanischen Zugriff hätte auslösern müssen. In dem gleichen Verhältnis, in dem nunmehr aber durch den Eisenpakt die Werte der deutschen Schwerindustrie gelöst sind, hat sich der deutsche Eisenpakt über alle Grenzen hinweg, politisch selbständig reduziert. Dieser Vorteil ist so überwiegend, daß demgegenüber Konzeptionen, welche den Franzosen in dem Eisenpakt gemacht sind, lästig nicht in Betracht fallen.

Es ist daher durchaus erklärlich, daß die Kapitäne der englischen Schwerindustrie wünschen, die nationalisierte Schwerindustrie möge sich dem deutsch-französischen Eisenpakt anschließen, und es ist natürlich, daß sie diesen Wunsch weitestgehend fördern, es ist die Pflicht des Bündnisses zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie durch deren weiteres Zusammenwachsen allzu übermäßig wird. Wenn daher die Kapitäne der englischen Schwerindustrie den Kapitänen der deutschen Schwerindustrie für überhöher Reich verteilte Forderungen machen werden, dann dürfen die Kapitäne der deutschen Schwerindustrie aber doch nicht vergessen, daß die Ursache dieses englischen Entgegenkommens in dem Bündnis der deutschen mit der fran-

zösischen Schwerindustrie gegeben ist, und daß dieses Bündnis — also der Eisenpakt — unzerstörbar als die Grundanlage jeder Beteiligung der deutschen Schwerindustrie angesehen werden muß. Ich halte den Anschlag der englischen Schwerindustrie auf das deutsch-französische Industriebündnis für in hohem Maße ernstlich. Die industriellen Konzeptionen eines solchen Anschlages werden für die verbündeten deutschen und französischen Schwerindustrien — um abzugeben auch für die englische Schwerindustrie — vorteilhaft und die politischen Folgen werden für Deutschland und Frankreich wie für Eng-

land überaus günstig sein. Gerade deshalb aber dürfen die Kapitäne der deutschen Schwerindustrie niemals außer Acht lassen, daß der Weg nach London über Paris führt. Ganz geradezu aber wie für die deutsche Schwerindustrie führt auch für die deutsche Diplomatie der Weg nach London über die französische Hauptstadt. Nur wenn Deutschland und Frankreich immer mehr zusammenwachsen, wird das englische Imperium den Bündnis haben, die Fremdenhölle beider nicht nur im irrealen Brauen, sondern mit der Folge realer Abmachungen zu lösen.

Was soll Joachimsthal?

Wiederbelebung der „Kleinen Entente“

Nachrichtendienst der „Bösischen Zeitung“

* Belgrad, 12. Mai

„Die Kleine Entente ist die unerschütterliche Grundfest der jugoslawischen Anknüpfung.“ Dieser Satz wurde jahrelang in verschiedenen Variationen von jugoslawischen amtlichen und halbamtlichen Stellen wiederholt. Auch wenn die äußeren Umstände ihn öfter trafen. Also eine Art politischer Glaubensbenediction. Der Erfolg ist, daß die ganze jugoslawische Öffentlichkeit heute ganz fest an die Unerschütterlichkeit und inneren Stärke der Kleinen Entente glaubt. Man hofft in Belgrad, daß nach der Resolution in Jugoslawien auch die internationale Öffentlichkeit davon glauben werde. Das ist vielleicht der Wunsch.

Als die italienische Regierung das beschränkte Protokoll veröffentlicht hat und allen Anzeichen nach Rumänien völlig in das Fahrwasser Italiens geraten war, im Augenblicke, als die süd-slawisch-italienische Spannung ihren Höhepunkt erreicht hatte, glaubte man allgemein, daß es um die Kleine Entente gehen sei. Dem kann aber die große Wendung Ungarn war der Besiegung der Allianz der Kleinen Entente, wenn verurteilte eine Lockerung des Bündnisses und Ungarn hat in den letzten Tagen die Kleine Entente wieder fest zusammengeklammert. Die italienische Politik war das Begleitmaria. Zwischen verflüchtete sich Rumänien, verwarf aber gleichzeitig zwischen Rumänien und Ungarn ein besseres Verhältnis aufbauen zu bringen. Der italienisch-ungarische Freundschaftsvertrag wurde deshalb in Belgrad wie ein kaltes Bad, wenn auch aus entgegengelegten Gründen, wie eine kalte Dusche. Im Belgrad hat man sich, daß die Freundschaft mit Ungarn illusorisch geworden ist, in Zukunft eingangs, daß Italien nicht unbedingt und in allen Fällen einen Sieg für das Bad bedeute. Die neue Aktion für die Festigung der Kleinen Entente, an der heute alle drei Mittel-Europäer gleichmäßig interessiert sind, ist von Belgrad und Bukarest ausgegangen, gerade von dem Stellen, die sie in Gefahr gebracht hatten.

Die Kleine Entente hatte eine Krise durchgemacht und ist aus dieser tiefere herorgegangen. Der Kranke ist heute nichtig gefundener als vor der Krankheit. Das ist eine Tatsache, mit der man in der internationalen Politik rechnen muß. Die Kleine Entente hat nicht ein institutionelles Bündnis auf dem Papier besessen, sondern ein Objektive in Mittel-Europa und auf dem Balkan werden, gegen dessen Willen und Wünsche man wieder in Mittel-Europa noch am Balkan irgendwelche Veränderungen vornehmen konnte.

Das ist die Auffassung der offiziellen jugoslawischen Kreise von dem Zweck der Kleinen Entente. Sie ist im Bewußtsein bei ihrer Bestimmung entstanden und sie wird ohne Zweifel heute auch von den rumänischen Staatsmännern geteilt. Die Interessen der Kleinen Entente liegen in Mittel-Europa und auf dem Balkan und sind auf diesen Gebieten den drei Bündnis-Staaten gemeinsam. In dieser Hinsicht hat nun sich in Belgrad nach den Extraktoren nach Ungarn und Rumänien durchzusetzen, die beide eine Enttäuschung erleben sind. Der neue südslawische Außenminister Dr. Saja Peric hat sich, ein Staatsmann von Format mit einem klaren Verstand und Bewußtsein, ist eine Überdosis dafür, daß die jugoslawische Außenpolitik weiteren Schwankungen nicht mehr ausgesetzt sein, sondern endlich den einmal eingeschlagenen Weg weiter verfolgen wird. Dieser Weg ist: das absolute Festhalten und der Ausbau der Kleinen Entente.

Maksim Mrzljak-Dvorski

Anerkennung Rulands?

Nachrichtendienst der „Bösischen Zeitung“

in Bukarest, 12. Mai

Die Übertragung der Konzeption der Kleinen Entente in Joachimsthal wird die Orientierung der Frage der Anerkennung von Rußland als ein wichtiges Problem sein. Die Kleine Entente hatte bisher gegenüber Rußland die klare Auffassung, daß es nicht möglich ist, daß die Interessen der Kleinen Entente und die Interessen der Rußland-Entente nicht mehr vereinbar sind. Die Anerkennung von Rußland als ein wichtiges Problem ist die Anerkennung nicht mehr vereinbar werden. Vor allem die Sicherheitspolitik könnte die Anerkennung von Rußland als ein wichtiges Problem sein. Die Anerkennung von Rußland als ein wichtiges Problem ist die Anerkennung nicht mehr vereinbar werden, weil eben dieses Rußland die Interessen der Kleinen Entente von seinen Rußland gewanderte Anerkennungsrück von drei Monaten abläuft.

Braun verteidigt Breußen

Gegen Köhler und Westarp

Im Preussischen Landtag hielt bei der Beratung des Etats des Staatsministeriums der Ministerpräsident Braun eine große Rede über die Beziehungen Preußens zum Reich. Er verwies zunächst auf die ungenügende Vertretung Preußens im Verwaltungsrat der Reichsbahn. Nachdem der Staatsgerichtshof die Rechte Preußens anerkannt habe, werde Preußen von der Reichsregierung fordern müssen, daß sie das verlegte Recht wiederherstellt und der von Preußen für den Verwaltungsrat der Reichsbahn vorzuschlagende Satz nun zu steuert.

Auch bezüglich des preussischen Eigentums, das nach dem Vertrag von 1903 zurückzuführen ist, ist trotz langwieriger Verhandlungen nicht an Preußen ausgeliefert worden. Aus politischen Gründen, sagte der Ministerpräsident, könne er auf Einzelheiten hier nicht eingehen. Vom Reich seien für ungenügender Bedingungen gestellt worden, daß er den Einbruch gehabt habe, man wolle Preußen zum besten halten. Auch in diesen Tagen werde Preußen der Last der Reichsfinanzverwaltung, so schwer es die Reichsbahn auf die preussische Regierung verfallen, daß das Reich andere Länder vor Preußen stets bevor-

zugt hat. Das erweckt bei Preußen die Ansicht, daß von gewissen Reichsteilen eine bewußt antipreußische Politik betrieben wird.

Der Ministerpräsident geht dann auf die letzten Vorgänge beim Finanzausgleich im Reiches ausführlich ein, und beschränkt auf die Erhebung der Biersteuer-Mindeste für Bayern, Baden und Württemberg. Der süddeutschen Staaten seien 41 Millionen Mark überlassen worden, obgleich es große Schwierigkeiten bereitet hat, den Reichsteil ins Oldenburger zu bringen.

Ministerpräsident Braun wiederholte dann den schon im Reichstag eingemommenen Standpunkt, daß nach preussischer Auffassung ein Recht der Südstaaten auf eine Erhebung der Biersteuer-Mindeste in seiner Weise besteht. Die preussische Regierung erkläre deshalb in der ungenügenden finanziellen Versorgung der süddeutschen Staaten auf Kosten Preußens und insbesondere der preussischen Grenzgebiete eine schwere Benachteiligung.

Braun schilderte ausführlich die Benachteiligung des Ostens durch die Verneinung der Steuern, die das Reich ausgenommen hat. Er forderte, daß das Reich Preußen so stelle, daß es seine östlichen Grenzgebiete genügend schützen und den Bürgern der dortigen überaus mangelnden Bevölkerung Reg-